



Foto: Monika Nonnenmacher

PANAMA-PAPERS – „LEAKS ALS CHANCE FÜR MASSNAHMEN GEGEN STEUERBETRUG“

Norbert Walter-Borjans ist seit rund sechs Jahren Finanzminister von Nordrhein-Westfalen und aktuell Vorsitzender der Finanzministerkonferenz. Er hat sich in dieser Zeit als „Robin Hood“ den Ruf eines unerbittlichen Jägers von Steuerbetrügnern und als Kämpfer für Steuergerechtigkeit erarbeitet.

Norbert, hast Du vor der Veröffentlichung der Panama-Papers mit einem derartigen Ausmaß gerechnet? Dass es dubiose Offshore-Konstruktionen gibt, ist keine Überraschung. Aber das Ausmaß, das investigative Journalisten ans Licht gebracht haben, ist erschreckend. Da haben viele das Janosch-Buch „Oh wie schön ist Panama“ wohl allzu wörtlich genommen. Die Datenfülle und die öffentliche Diskussion darüber sind für alle, die wir es mit der Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche ernst meinen, eine große Chance, endlich wirksam dagegen vorzugehen.

Wer meint es Deiner Ansicht nach denn nicht ernst? Dass die CDU/CSU und FDP aus wahltaktischen Gründen gewisse Hemmungen hat, Steuerhinterziehung wirklich konsequent zu bekämpfen, ist kein Geheimnis. Es geht hier wie da immer wieder erkennbar darum, die eigenen ehrlichen Wähler damit zu besänftigen, dass man doch auch etwas tut, aber möglichst ohne den Hinterziehern wirklich weh zu tun. Bei der NRW-CDU kommt noch hinzu, dass sie jetzt deshalb gegen die SPD austellt, weil sie hier bis zu ihrer Abwahl 2010 keine Fragen zu möglicherweise dubiosen Praktiken der WestLB gestellt hat, dass der damalige CDU-Finanzminister selber ein Depot in Panama hatte und dass sein damaliger Büroleiter jetzt der „Finanz-Experte“ der CDU-Landtagsfraktion ist.

Liegen Dir die Panama-Papers eigentlich vor? Im Moment kennen wir nur das veröffentlichte Material. Weitere Informationen nehmen wir natürlich gern entgegen. Unsere Steuerfahnder gehen Offshore-Konstruktionen aber schon lange nach. In der Presse war zu lesen, dass Nordrhein-Westfalen Daten über Offshore-Firmen und die Kanzlei Mossack Fonseca erworben hat und dass es auch zu ersten Durchsuchungen und Geldbußen

gekommen ist. Wir werden alle Spuren konsequent weiterverfolgen – auch die vor unserer Haustür. Die Auswertung von Datenträgern, die dadurch ausgelöst Selbstanzeigen und Geldbußen von Banken haben bundesweit schon zu Mehreinnahmen von rund sechs Milliarden Euro geführt – Geld, das sonst die ehrlichen Steuerzahler aufbringen müssten.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat einen Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Steuerbetrug vorgelegt. Reicht das? Herr Schäubles Zehn-Punkte-Plan ist ein mit heißer Nadel gestricktes Spontanpaket. Trotzdem ist der Ansatz richtig. Es reicht aber nicht „Panama muss...“ zu sagen, ohne bei uns selber aktiv zu werden. Ich vermisse zum Beispiel Maßnahmen gegen Banken, die Steuerhinterziehung zu ihrem Geschäftsmodell gemacht haben. Der Gesetzentwurf der Länder für ein neues Kreditwesengesetz liegt seit drei Jahren beim Bund. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur einzelne Mitarbeiter, sondern die Unternehmen selbst belangt werden können. Thorsten Schäfer-Gümbel, Carsten Schneider und ich haben hierzu Vorschläge auf den Tisch gelegt – ebenso wie die Finanzministerkonferenz.

Sind seit der Veröffentlichung schon Selbstanzeigen eingegangen? Dafür ist es noch zu früh. Die spektakulären Enthüllungen zeigen den Betrügnern aber: Es kommt auch Licht in die dunkelsten Ecken. Ich rechne also mit einem Anstieg der Selbstanzeigen. ■

3 MAL KURZ UND KNAPP

MIT JOSEF TUMBRINCK,
LANDESVORSITZENDER NABU e. V.

Vor welchen Herausforderungen steht der Windkraftausbau in NRW?

Die Herausforderung ist es, beim Ausbau der Windkraft die Menschen mitzunehmen, also Akzeptanz zu schaffen und die Energiewende naturverträglich zu gestalten. Das wichtigste für den NABU ist, dass die Energiewende hin zu Erneuerbaren mittel- und langfristig klappen muss. Das ist unser Primat. Natürlich ist das vor dem Hintergrund fossiler Energieträger auch eine schwierige Diskussion. Aber es ist klar, dass dieser Umstieg aus einem globalen Kontext heraus gelingen muss. Der Ausbau erneuerbarer Energie spielt hier neben Energieeffizienz und Energieeinsparung eine wichtige Rolle, dazu gehört vor allem der Windkraftausbau in NRW.

Warum ist Windkraftausbau in NRW ein strittiges Thema? Was wird von den verschiedenen Seiten diskutiert?

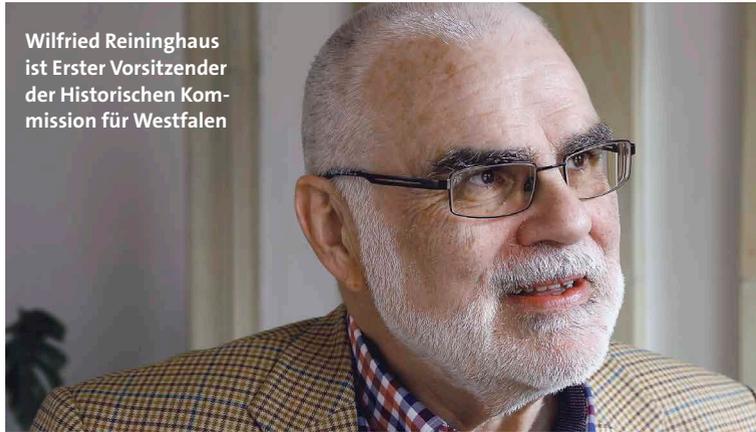
Für die Kommunen ist es eine große Herausforderung, das ganze Thema Windkraft auch fachlich zu durchdringen. Windvorrangszonen auszuweisen ist eine komplizierte Angelegenheit, der Windkrafterlass ist ein umfangreicher Handlungsleitfaden. Schreitet man mit dem Windkraftaus-

bau aber zu schnell voran, schüttet das Kind mit dem Bade aus sozusagen, schwindet die Akzeptanz in der Bevölkerung und der naturverträgliche Ausbau wird in Frage gestellt. Das führt zu Konflikten. Verstärkt wird das durch das Problem, dass kommunale Verwaltungen sich häufig auf Gutachten der Windkraftbetreiber stützen. Das spart zwar Kosten für eigene Gutachten, behält den Artenschutz aber nicht immer im Blick.

Welche Rolle nimmt der NABU ein?

Der beschriebene Konflikt führt dazu, dass der NABU aktuell 5 Verbandsklagen in Sachen Windkraft führt. Das heißt nicht, dass damit der Ausbau der Windkraft in Frage gestellt ist. Im letzten Jahr sind 421 Megawatt Leistung ans Netz gegangen, wir klagen gegen 5 Windkraftprojekte mit insgesamt 22 Anlagen. Als Verband und Vertreter von Natur und Landschaft ist dies unser Recht und unsere Pflicht, wenn geplante Windkraftanlagen aus unserer Sicht eklatant gegen verfahrensrechtliche Vorschriften oder gegen Artenschutzbestimmungen verstoßen. Der NABU ist Anwalt von Natur und Landschaft. Das tun wir mit Augenmaß in NRW und bekommen in der Mehrzahl der Klagefälle Recht. Der NABU ist ein Befürworter des naturverträglichen Windkraftausbaus und ein Verhinderer von geplanten Anlagen an Stellen, wo Gesetzesvorlagen missachtet wurden. ■

Wilfried Reininghaus ist Erster Vorsitzender der Historischen Kommission für Westfalen



BUCHTIPP:
NEUE ERKENNTNISSE ZUR NOVEMBER-REVOLUTION 1918 IN WESTFALEN UND LIPPE

Im Jahr 2018 jährt sich zum hundertsten Mal die Novemberrevolution von 1918. Damit ging das Kaiserreich zu Ende und die erste Republik in Deutschland begann. Auch heute ist noch nicht alles erforscht und einiges schon wieder in Vergessenheit geraten. Zum hundertsten Jahrestag soll deshalb die Bedeutung der Novemberrevolution für die Geschichte der Demokratie in Deutschland bundesweit herausgehoben werden.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat nun im Wissenschaftspark Gelsenkirchen ein Buch präsentiert, um diese Diskussionen zu starten. Das bei Aschendorff erschienene Werk mit dem Titel „Die Revolution 1918/19 in Westfalen und Lippe als Forschungsproblem“ wurde verfasst von Prof. Dr. Wilfried Reininghaus, dem Ersten Vorsitzenden der Historischen Kommission für Westfalen.

Wilfried Reininghaus:
„Die Revolution 1918/19 in Westfalen und Lippe als Forschungsproblem“
Bestellbar bei:
Aschendorff Verlag GmbH
Soester Str. 13, 48155 Münster
ISBN 978-3-402-15124-2

Reininghaus weist in seiner Dokumentation allein in Westfalen und Lippe 800 Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte nach. Er gibt eine Übersicht über das reiche Quellenmaterial zur Geschichte der Räte und führt ein in neue Forschungsfragen zur Revolution, unter anderem zu der Rolle von Frauen in der Revolution oder in das besondere Kapitel „Zeitungen, Gerüchte und rote Fahnen“.

BUCHTIPP:
DIE ERSTEN ERLEBNISSE IM SPD-ORTSVEREIN

Rund 1400 Ortsvereine hat die SPD allein in Nordrhein-Westfalen. Allein die Zahl zeigt: Die Vereine sind so unterschiedlich und vielfältig wie ihre Orte, Regionen und Mitglieder. Karsten Rudolph, Professor für Neuere und Neue Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, wollte deshalb von bekannten SPD-Politikerinnen und Politikern wissen: Was waren Deine ersten Schritte im Ortsverein? Was ist Realität, was Mythos? Und welche Rolle hat die Vereinsdemokratie heute?

Auch Hannelore Kraft ist in Rudolphs neuem Buch „Mein Ortsverein“ mit einem Beitrag vertreten. Hier ein Auszug:

„In die SPD bin ich 1994 eingetreten. Die Partei stand mir grundsätzlich schon vorher nahe. Ich kann jedoch nicht behaupten, dass ich mich in meiner Jugend besonders politisch engagiert hätte, allerdings war ich in der Schule in der Schülermitverwaltung aktiv. Während Ausbildung und Studium war ich einfach zu sehr beschäftigt. Ich musste nebenbei Geld verdienen und habe außerdem leidenschaftlich gern Sport gemacht.

Doch dann kam der Zeitpunkt, an dem ich mich für einen Beitritt entschied, weil ich mich über viele Dinge geärgert habe. Es gab keine Kita-Plätze, und der Fokus der Politik lag zu wenig auf kleinen und mittleren Unternehmen. Hinzu kam, dass mich als Betriebsratsvorsitzende die zunehmenden sozialen Probleme beunruhigten. Also wollte ich selbst in die Politik, um Veränderungen zu erreichen.

Konkret eingetreten bin ich dann kurz vor den Kommunalwahlen 1994. Diese Wahl ist für die SPD in Mülheim verloren gegangen. Die Partei musste am Ende mit Verlusten von neun Prozent umgehen, und der neue Oberbürgermeister wurde von der CDU gestellt. Das war in dieser Art und Weise bis dato einmalig im Ruhrgebiet. Dieses Ergebnis zeichnete sich in den Tagen vor der Wahl bereits ab, da es um die amtierende Oberbürgermeisterin einen Skandal gab. Deshalb bot ich meine Unter-



Karsten Rudolph:
„Mein Ortsverein“
Bestellbar bei:
Projekt Verlag, 120 Seiten, Preis: 12 Euro
ISBN 978-3-89733-390-1

stützung an. „Vielleicht könnt Ihr mich ja gebrauchen, wenn die Wahl verloren geht und wir neues Vertrauen aufbauen wollen“, habe ich den Genossinnen und Genossen damals gesagt. (...)“

Viele weitere Geschichten, z.B. von Hans-Jochen Vogel, Franz Müntefering oder Sigmar Gabriel, gibt es im Buch zu lesen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
André Stinka,
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

REDAKTION: Christian Obrok,
Marcel Atoui, Sabrina Störkel

E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de

INTERNET: www.nrwspd.de